

**Ergebnis**  
 ...  
 ...  
 ...

# Wortschatz

**Infektionsgebühr**  
 ...  
 ...  
 ...

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

### Reform des Strafprozesses.

**I.**  
 G. Dem Reichstage ist ein vom Bundesrat beschlossener Gesetzentwurf nebst ausführlicher Begründung betreffend Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, einer Strafprozeßordnung und eines zu beiden gehörenden Einführungsgesetzes zugegangen. In der Begründung wird darauf hingewiesen, daß unter den Reichsjuristen des Jahres 1877 die Strafprozeßordnung von Anfang an am wenigsten befriedigt habe, jedoch hatten die verschiedensten Reformvorschlüsse bis jetzt noch zum Ziele geführt. Die letzte Kritik, die schon bald nach dem Inkrafttreten der Strafprozeßordnung eingeleitet habe, betraf in erster Linie das System der Rechtsmittel, insbesondere das Fehlen einer Berufung gegen Urteile der Strafammer. Der vorliegende Entwurf sieht nun das Rechtsmittel der Berufung gegen Urteile der Strafammer vor, und in der Begründung heißt es, daß dieser Vorstoß einer näheren Begründung wohl nicht mehr bedürfe. Sehen wir uns nun die einzelnen Vorschläge etwas näher an und gehen über zu den Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes.

Die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Strafsachen soll hierdurch umfassen: 1. alle Verbrechen, 2. diejenigen Vergehen, die nur mit Gefängnis von höchstens drei Monaten oder Geldstrafe von höchstens 600 Mark, allein oder neben Haft oder in Verbindung mit einander oder mit Eingekerkelung, bedroht sind. Ferner für die wichtigsten Fälle der Körperverletzung, des strafbaren Eigentums, des Diebstahls, des Betrugs, der Vergehen der Gefährdung oder Schädigung und endlich für alle Vergehen, die im Wege der Verhaftung verfolgt werden. Weiter kann der Staatsanwalt, soweit das Amtsgericht nicht schon in den vorgenannten Fällen zuständig ist, dessen Zuständigkeit dadurch begründen, daß er bei ihm Anklage erhebt wegen eines Vergehens, das nur mit Gefängnis von höchstens sechs Monaten oder Geldstrafe von höchstens ein- und fünfzig Mark, allein oder neben Haft oder in Verbindung mit einander oder mit Nebenstrafen bedroht ist. Der Staatsanwalt soll die Anklage bei dem Amtsgerichte nur dann erheben, wenn angenommen ist, daß wegen der strafbaren Handlung auf keine schwerere als die vorliegenden Strafen und auf keine höhere Buße als ein- und fünfzig Mark zu erkennen sein wird. Hatte der Angeklagte zur Zeit der Tat das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so kann die Zuständigkeit des Amtsgerichts wegen aller Vergehen, ebenso wegen Verbrechen (einschließlich des Raubes) durch den Staatsanwalt begründet werden.

Zur Entscheidung von Strafsachen soll die Amtsgerichte in der Hauptverhandlung mit einem Vorsitzenden als Vorsitzenden und mit zwei Schöffen zu besetzen. Die Zuziehung von Schöffen soll nur aber unterbleiben bei Verurteilungen und bei solchen Vergehen, die nur mit Geldstrafe von höchstens 300 Mark, allein oder neben Haft oder in Verbindung mit Eingekerkelung, bedroht sind, sowie bei nach § 146a der Gewerbeordnung strafbaren Vergehen. Daß bei Verurteilungen (hierunter fällt auch der sogenannte „große Inhaftparagraf“) ein Amtsrichter allein urteilen soll, bedeutet eine ganz erhebliche Verschlechterung des jetzt gültigen Gesetzes. Was nun den § 146a der Gewerbeordnung anbelangt, so sieht derselbe Geldstrafe bis zu 600 Mk. im Unerwünschtenfalls entsprechende Haft für denjenigen vor, wer den erlassenen Anordnungen zuwider an Sonn- oder Festtagen arbeiten läßt. Will man einmal Schöffen hinzuziehen, dann darf der Amtsrichter auf keinen Fall in einzelnen Strafsachen als Einzelrichter fungieren. Im vorliegenden Falle auch schon deshalb nicht, weil z. B. in den Jahren 1908-1909 allein 11 178 Verurteilungen im Zusammenhang mit den Vorschriften über den Arbeitsschutz (§ 146a der Gewerbeordnung) bestraft worden sind. Die Strafen gegen die Unternehmer sind in der Regel sehr gering ausgefallen, beim Eingekerkelten wird eine Verschärfung auf keinen Fall eintreten.

Die Strafammer wird nun als erkennende Gerichte zuständig für alle Vergehen, soweit nicht die Amtsgerichte zuständig sind, für diejenigen Verbrechen, die mit Todstrafe von höchstens fünf Jahren allein oder in Verbindung mit anderen Strafen bedroht sind, für das Verbrechen der Unzucht, Verbrechen im Amte, der Irdenunfähigkeit, für die nach der Konsolidierungsordnung strafbaren Verbrechen, für schwerere Fälle des Diebstahls, des Betrugs und der Schelderei, sowie für alle Verbrechen einer Person, die zur Zeit der Tat das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, soweit nicht die Zuständigkeit des Reichsgerichts begründet ist. Außerdem sind die Strafammer zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen Urteile der Amtsgerichte. Im letzteren Falle entscheiden sie als Berufungsinstanz in der Besetzung von drei Mitgliedern (Juristen).

Eine Neuerung in der Besetzung der Strafammer sind finden wir insofern, als dieselben in der Hauptverhandlung neben dem Vorsitzenden zwei Schöffen zu besetzen sind. Nach dem jetzigen Gesetz sind die Strafammer in erster Instanz mit fünf Juristen, in zweiter (Berufungsinstanz) für Schöffen mit zwei Richtern besetzt.

Ueber die zukünftige Besetzung der Strafammer erster Instanz heißt es u. a. in der Begründung: „Es ist erwünscht, daß

die Schöffen den Richtern gegenüber in der Ueberrauf sind, weil sonst die gelehrten Richter, denen juristische Kenntnisse und größere Gewandtheit in der Erörterung streitiger Punkte ohne einen erheblichen Einfluß sichern, die Mitwirkung der Schöffen in den Vordergrund drängen können. Eine Befragung mit drei Richtern und vier Schöffen, wie sie von der Strafprozeßkommission empfohlen ist, erscheint nicht durchführbar. Für eine so starke Beteiligung des Laienlements reicht das vorhandene Material an Schöffen vielfach nicht aus. Die Besetzung der Strafammer mit fünf Mitgliedern entspricht sich schon deshalb, weil sich die Bevölkerung an diese Besetzung gewöhnt hat, ganz abgesehen davon, daß bei ihr die Beziehung der Schuldfrage besser geordnet und auch künftig festzuhaltende Zweidrittelmehrheit dem Angeklagten einen besonders wirksamen Schutz bietet.“ — Da in Zukunft nicht allein bei den Amtsgerichten, sondern auch bei den Strafammer Schöffen in Betracht kommen, wird auf die Auswahl derselben besonderes Gewicht zu legen sein. Nicht allein aus den mittleren und höheren Kreisen können Schöffen gewählt werden, sondern auch aus den Reihen der Arbeiter, wie dies hier und da bereits geschehen ist. Aus diesem Grunde wollen die organisierten Arbeiter in Zukunft mehr wie bisher auf die Wahl der Schöffen ihr Augenmerk richten, zumal die Funktionen der Schöffen erheblich erweitert werden sollen. Die Strafprozeßkommission hat auch noch vorgeschlagen, in Zukunft die Schwurgerichte mit drei Richtern und sechs Schöffen zu besetzen. Dies lohnt jedoch die Regierungsvorlage ab.

Für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung gegen Urteile der Strafammer werden bei den Landgerichten nun in Zukunft Berufungsinstanzen gebildet. Die Berufungsinstanzen entscheiden in der Besetzung von fünf Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden. Von den Berufungsinstanzen hat man jedoch die Landesinstanzen ausgeschlossen, hier kommen also nur ständige angelegte Richter in Betracht.

Eine weitere Neuerung besteht darin, daß in Zukunft die Schöffen und Geschworenen außer Vergütung der Reisekosten auch Tagegelder erhalten sollen. Weibhalten hat man aber die durchaus nicht zu billigen Bestimmungen, wonach zu dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen nicht berufen werden soll, wer das 30. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wer zur Zeit der Auffstellung der Urliste den Wohnsitz in der Gemeinde noch nicht volle zwei Jahre hat, wer für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen oder in den letzten drei Jahren, von der Auffstellung der Urliste an gerechnet, empfangen hat, oder als Dienstdiener tätig ist. Die Volksschullehrer sollen übrigens als Schöffe auch nur bei den Jugendgerichten fungieren können.

### Der konservative Kriegstrick.

Die Konservativen haben nunmehr am Sonnabend in der Finanzkommission des Reichstages den von Dr. Hilde und Graf Westarp ausgearbeiteten Antrag, die Erbschafts- bzw. Nachlasssteuer durch eine Erbschafts- und Vermögenssteuer zu ersetzen, eingereicht. Der Antrag bedt sich, von kleinen finanziellen Veränderungen abgesehen, völlig mit dem von der „Kreuzzeitung“ und der „Konservativen Korrespondenz“ bereits veröffentlichten Entwurf.

Dem konservativen Vorstoß ruht eine weit größere Bedeutung bei, als die konservativ-agrarischen Blätter zugeben wollen: es handelt sich um eine offene Kriegserklärung an Bismarck, der jedoch noch versichert, nicht von der Erbschaftssteuer ablassen zu wollen. Und die Junker haben es eilig, den Konflikt zum Austrag zu bringen, das zeigte sich am Sonnabend mittags in der Senatskammer. Die Finanzkommission scheidet über der Brandweinsteuer. Die Beratung der meistgehörten und komplizierten Vorlage wird noch drei bis vier Sitzungsstage in Anspruch nehmen. Da erhebt sich zum Schluß der Angeordnete Hilde und beantragt, die Weiterberatung der Brandweinsteuerfrage auf unterbrechen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung die konservative Resolution zu setzen, die von der Regierung die Einführung der Wertwachstumssteuer verlangt.

In der heutigen Geschäftsordnungsdebatte, die sich über das Verlangen der Konservativen entspann, wurde ihnen deutlich gesagt, daß sich ihr Vorhaben als Obstruktion und Verschleppungsmanöver qualifiziert; wer aber gleichwohl noch nicht begriffen hätte, wohin die Reise führen soll, der hätte es am Verhalten des Zentrums erleben müssen. Das Zentrum, das jede Gelegenheit ergreift, Bismarck ein Bein zu stellen und der Regierung Schwierigkeiten zu machen, griff mit beiden Händen zu und unterstützte das konservative Verlangen, und schließlich wurde auch mit Hilfe des Zentrums und der Antikameralen der konservative Geschäftsordnungsantrag angenommen mit der kleinen Einschränkung, daß erst noch der in Beratung befindliche Abschluß des Brandweinsteuergesetzes erledigt werden sollte.

Die Regierung hat noch keine feste Stellung zu dem konservativen Antrag genommen, wenigstens scheint sie die „Nordd. Allgem. Zig.“ aus. Dagegen bringt der „Reichsbote“, in dem sehr häufig Äußerungen abgelesen werden, die aus der Nähe der Regierung stammen, eine lange Polemik gegen den Gedanken einer Reichswertwachstumssteuer. Die Wertwachstumssteuer sei für die Gemeinden, nur die Gemeinden könnten die

Schwankungen ertragen, denen eine solche Steuer ausgesetzt ist, und nur durch die Gemeinden würden die Voraussetzungen geschaffen, auf denen sich die Wertsteigerung der Immobilien aufbaut. Die ländlichen Grundbesitzer würden sich übrigens sehr lebhaft gegen eine Besteuerung des Wertwachstums wenden. Für sie habe der Wertwachstums keine praktische Bedeutung. Der konservativ Antrag habe außerdem den Ertrag der Steuer für das fache Land zu hoch veranschlagt, und das Bestehe der Wertwachstumssteuer auf Wertpapier, der nur Aktien oder Dividendenpapiere in Betracht kommen, und deren Auswert großen Schwankungen unterworfen sei, so daß sich die Feststellung des Wertwachstums sehr schwierig gestalten. Dünftig ist es sogar vor, daß die Wertsteigerung Wertpapiere durch Sinken ihres Kurswertes große Verluste erleiden. Der konservative Antrag wolle mit dem Ertrag der Wertwachstumssteuer nicht nur den Ausfall der Erbschafts- und Einkommensteuer, sondern auch der Erbschaftsteuer beden. Ob das möglich sei, sei sehr zweifelhaft. Die Regierung wolle bloß die Erbschaftsteuer durch eine Erbschaftsteuer, als welche hier allerdings auch die Wertwachstumssteuer ins Auge gefaßt sei, bedeu.

Wenn das auch keine offizielle Regierungserklärung ist, so darf doch, zumangehalten mit der Bismarck'schen Versicherung der letzten Tage, angenommen werden, daß die Regierung den konservativen Antrag bestimmt ablehnt, also sich weigert, einen Gesetzentwurf im Sinne dieses Antrages vorzulegen. Beharrt nicht die konservative Fraktion bei der Ablehnung der Erbschaftssteuer, und das Zentrum dürfte aus leicht ersichtlichen Gründen die Konservativen darin unterstützen, so entsteht ein weiteres Dilemma in der Finanzreform, und die Regierung ist am Ende ihres Latens.

Was dann? — Am Sonnabend wurde, wie man uns mitteilt, in den Wandelgängen des Reichstages sehr lebhaft über die Antwort auf diese Frage diskutiert, und man hörte häufig immer wieder das Wort: „Waffensprung des Reichstages“. Vielleicht bringt die künftige gemachte Steuerbegrenzung der letzten Woche Bismarck wirklich dazu, die Auflösung als letzten Ausweg zu benutzen.

Zunächst werden die konservativen Blätter ein jedes Spiel mit der Regierung. Die letzte „Konservative Korrespondenz“ vom 23. April, die partielle offizielle Meldung bringt, daß die Nachlass- und Erbschaftsteuer unter allen Umständen abgelehnt wird, enthält auch eine heftige Verwahrung gegen die Regierungsaquivalente für die Finanzreform. Es heißt darin:

„Es ist zweifellos, daß die von seiten der Regierung neuerdings zur Durchführung ihrer Vorschläge für die Finanzreform eingeleitete und offensichtlich unterstützte Bewegung allmählich zum Ziel führen angenommen hat, die äußerst bedenklich erscheinen.“

Auch in der politischen Wochenrundschau der „Kreuzzeitung“ wird nicht nur versichert, daß die Konservativen eine Reichstagsauflösung in den Kauf nehmen, es wird auch wieder sehr energisch mit dem Austritt aus dem Bloch gedroht. Das Wort scheidet:

„Siehe sich die konservative Partei durch die Regierung nötigen, ein Gesetz anzunehmen, das sie seit Jahren auf Parteitag und durch ihre Führer in den Parlamenten bekämpft hat, ein Gesetz, das nach vor zwei Jahren von den Ministern selbst als sozialistisch verworfen ist, dann wäre der Kredit der konservativen Partei für immer verloren. Sie konnte überlegen, ob sie ein Opfer der Ueberzeugung bringen dürfe, um eine Regierung zu stützen, die an bedenklichen konservativen Grundfragen festhalten will. Aber die Regierung bringt ihre subventionierten Reichsbücher zur Aufnahme von Artikeln, die uns vor dem Lande bloßstellen sollen, läßt offiziell immer wieder versichern, unsere Partei habe sich gelassen, ludt einen Gegenstand zwischen Stadt und Land, zwischen ländlichen und ländlichen Mittelstand zu schaffen, führt die Beamten gegen uns ins Feld, stellt den preiswürdigen Konventionen bei der Reform des preussischen Wahlrechts in Aussicht, wodurch der Einfluß der Konservativen in Preußen und im Reich schwer geschädigt würde. Da muß auch jene Kückfüß auf die Regierungsvorlagen bei uns aufgehoben werden, und wir haben nur danach zu handeln, was wir selber im Interesse des Reiches für das beste halten. Zeitliche Ueberlegungen dürfen keine Rolle mehr spielen.“

„Gewiß hat die Regierung Nachdruck genug, um die konservative Partei zu „strafen“. Will sie davon Gebrauch machen, so mag sie vor der Geschichte die Verantwortung dafür übernehmen ...“

„Wichtig ist dem Reichstagsrat, eine Reichstagsauflösung zu verhindern, und gibt er eine liberale Wahlparole aus, dann wird der amtliche Apparat vielleicht eine liberale Mehrheit im Bloch auf Seiten der Konservativen erzielen. Zentrum und Sozialdemokratie aber werden ebenfalls gefaßt zurückzucken. Und ob dann außer der Nachlasssteuer noch andere Beste aufzude kommen, die dem Reichstagsrat gefallen, ist recht fraglich.“

„So weit sind wir, daß der bisher höchstrechtliche Teil des Preussens die Reichstagsauflösung empfiehlt, um seinen Willen gegen die Rechte des Blochs mit Hilfe der Regierungsgewalt durchzusetzen. Auf diesem Punkte der Enttöndung muß es sich allerdings nun zeigen, ob es dem Fürsten Bismarck ernst ist mit der Wiederrückführung. Wir müssen zu unserem großen Bedauern feststellen, daß von Tag zu Tag die Stimmung in konservativen Kreisen wächst, die ein weiteres Mitarbeiten im

Wodaus Gründe der Selbsthaltung kaum noch für möglich hält. Wir sehen voraus, daß die Freijünglinge diese nachdringliche Forderung einer Zusage für eine Drohung ausgehen werden. Das ist aber nicht. In Betrachtung wäre die konervative Partei im Reichstage, wenn ihr die Zeit dazu kommen sollte. Sie sieht dem ganzen Werke der Finanzreform vielmehr mit dem Gefühl der Resignation gegenüber. ... Die Gründe der Regierung sind lediglich parteilich Natur, die unsrigen geben das Augenbildinteresse der Partei preis um der Sache willen, und es ist uns gar nicht zweifelhaft, daß wir auch ein Opfer an Mann an den in sich führen müssen, wenn es sich darum handelt, einer sozialliberalen Gehebelung entgegenzutreten."

So weist die offizielle konservative "Freuzzeitung", die Junger treiben wirklich konsequente Politik und sehen alles dafür ein, den Geldbeutel ihrer reichen Erben vor jeglicher Versteuerung zu retten.

## Das Klassenhaus für geheimes Wahlrecht.

Der Landtag überwiegt am Sonnabend den Gesetzentwurf über den Vergewerbetrieb ausländischer juristischer Personen und den Geschäftsbetrieb ausserpreussischer Gesellschaften, durch welchen der Entwurf des Vergewerbetages von ausländischen Gesellschaften in derselben Weise beschränkt werden soll wie der Grundbesitzerwerb nach kurzer Besprechung einer Kommission. — Die Anträge auf Änderung der Kreisordnung wurden nach kurzer Beratung an die Gemeindeforschung verwiesen. — Annahme fast natürlich ein konservativ-heralderischer Antrag, die Eisenbahntarife für die Zufuhr von Getreide und Futtermittel zeitweilig herabzusetzen.

Dann folgte eine Leberausgabe. Es wurden Petitionen behandelt, die meist debattelos erledigt wurden. Aber es tauchte auch eine Petition von Handwerksmeistern auf, die die Einführung der geheimen Stimmabgabe bei Landtags- und Kommunalwahlen verlangte. Während sie die Kommission der Regierung als Material zu überweisen beantragte, wünschten die Freijünglinge die Überweisung zu Verdächtigen. Natürlich wurde hierbei das Lied des Terrorismus der Arbeiter in allen Tönen gesungen. Es wurde erörtert, daß ein Berliner Schlächtermeister vor den Wölfen arbeiten, die ihn zur Wahl holen wollten, sich in den Wölfen gefesselt haben sollte, um nur nicht öffentlich seine Stimme abgeben zu müssen. Auch die Nationalliberalen und das Zentrum unterstützten den freijünglingischen Antrag; natürlich auch unsere Genossen. Doch wies Genosse W o g m a n n treffend darauf hin, daß wir nicht nur die geheime Stimmabgabe fordern, die Versteigerung des gesamten elenden Klassenwahlrechts verlangen, das die Hauptstütze in den miserablen politischen Zuständen Preußens trägt. Die Konservativen ließen erklären, daß eine Abstimmung im Sinne der Freijünglinge keine politische Bedeutung haben könnte, es handelte sich ja nur um eine Zufallsmehrheit. Ganz wohl war ihnen aber doch nicht zumute, als mit allen gegen die Stimmen der Rechten der freijünglingische Antrag angenommen wurde. — Montag kommt der sogenannte Kultusetat an die Reihe.

Der Wahlrechtsbeschluss verdient noch einige Bemerkungen. Die Wahlrechtsdebatte vom 24. Januar war, wie erinnerlich, ausgegangen wie das Hornberger Schießen. Er wurde der Reihe nach abgestimmt über das gleiche Wahlrecht, das Ruralwahlrecht, die Neueinleitung der Wahlrechte und das geheime Wahlverfahren — alles wurde abgelehnt. Daran konnte man vielleicht schließen, daß das "hohe Haus" überhaupt kein Wahlrecht in einem freijünglingischen Sinne abzugeben würde. Das wäre falsch, denn die Anhänger des gleichen Wahlrechts und des Ruralwahlrechts haben zusammen die Mehrheit, woraus man schließen kann, daß sogar das Dreiklassenparlament selbst sich mit seinem famosen Wahlrecht nicht mehr gern vor den Leuten zeigen läßt. Unter solchen Umständen war der lächerliche Ausgang der Abstimmungen geeignet, den wohlverdienten Ruf, den die berühmte Verammlung in der Prinz-Albrechtstraße schon längst im Volke genießt, aufs neue zu festigen, um so mehr

als die Ablehnung des geheimen Wahlverfahrens auf nicht anders zurückzuführen war, als auf die Unkenntnis seiner angeblichen Anhänger. Das geheime Wahlrecht wurde damals mit einer Mehrheit von drei Stimmen abgelehnt, obwohl es bei vollständigem Hause mit 231 gegen 212 Stimmen hätte angenommen werden müssen. Jetzt hat das Haus jene ablehnende Mehrheit für sich zurückgewonnen, indem es die Dr. Olterslebener Petition der Regierung zur Verwirklichung überwiegen hat.

Als der konservativ Herr v. Popenheim das Unheil kommen sah, beziele er sich zu erklären, der Beschl. den man zu fassen gedachte, sei ein Zufallsbeschl. ohne Bedeutung. Nun ist jenes ganz hohe Haus in seiner erdrückenden und erstickenden Mehrheit nicht viel anders als eine Fäulnis von mehr oder minder unglücklichen Zufällen, eine vom Schicksal selbst zusammengeworfene Verammlung, ohne tiefere Bedeutung. Dementsprechend sind auch seine Beschlüsse als Zufallsbeschlüsse ohne Bedeutung zu betrachten. Gerade in diesem Fall aber hat der Zufallsbeschl. des preussischen Wahlrechts immer noch wenigstens die Bedeutung, daß der Regierung durch ihn eine falsche Ausrede verloren gegangen ist. Will die Staatsregierung entsprechend der berühmten Wilson-Erklärung vom 10. Januar 1903 auf dem schändlichen öffentlichen Wahlverfahren bestehen, so kann sie sich für eine solche Unanständigkeit nicht einmal mehr auf das preussische Abgeordnetenhaus als Komplizen berufen.

In diesem Sinne ist der „Lebendige" Zufallsbeschl. vom 25. April immerhin von einiger Bedeutung. Auch insofern, als er zeigt, daß der preussische Landtag die Plage seiner großen Schicksalsfrage nun doch nicht mehr los wird. Wenn man am wenigsten an sie denkt, dann unterdrückt, ist die Wahlrechtsfrage wieder da, sie erhebt sich immer und immer wieder als unabweisbare Wahrheit. So ist es immer, wenn sich alle erstarren Formen wieder zu lösen beginnen und in sich geraten. Unschicklich, verwirrend, verabschiedet, Heberausgabe, und schließlich schließlich aber das Schicksal nach seinem Willen, der im richtigen Moment entschlossen zum Hammer greift.

## Politische Uebersicht.

Salte, den 26. April 1903.

### Aus dem Reichstage.

Der Reichstag beendete am Sonnabend die erste Lesung der neuen Novelle zum Strafgesetzbuch. Genosse Frank nahm Generalintendant Landmann in Bezug auf die abschätzigsten Beschlüsse des Wahlrechtsparagrafen und der Ausschließung des Wahlrechtsbeweises noch einmal in aller Schärfe darzulegen. Auch der freijüngliche Dr. Müller-Weininger erkannte an, daß durch die vorgelegene Bestimmung keineswegs eine Eindämmung der Revolverpresse sondern eher das Gegenteil erreicht werden könnte. Nur ein Erfolg aus der freijünglichen Fraktionsgemeinschaft, der Wofjüngling Gedrich, erklärte sich völlig mit der Ausschließung des Wahlrechtsbeweises einverstanden und meinte, selbst wenn die beabsichtigte Wirkung nicht vollständig erreicht würde, sei doch die Regierung für ihre Absicht und den Versuch der Verwirklichung dieser Absicht im höchsten Maße zu loben. — Eine Reihe von Rednern erging sich in Lobeserhebungen über die Verschärfung der Strafen gegen die Mißhandlungen von Kindern. Genosse Frank wies mit Recht darauf hin, daß die Vergewaltigung der Eltern, ihres Kinder durch Nötigung zu erlösen, fürderst wird. Hier muß vor allem der Hebel angegriffen werden. — Bemerkenswert ist, daß der Zentrumsdarsteller Herr Kirch nicht mit derselben Entschiedenheit, wie gestern sein Fraktionskollege Engeln, die Verschärfung des Wahlrechtsparagrafen und die Ausschließung des Wahlrechtsbeweises ablehnte. Der Entwurf wurde schließlich der Justizkommission überwiesen. — Montag beginnt die zweite Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgezet.

### Beamtenabregelungen.

Gegen den Vorstehen des Verbandes der mittleren Reichs-, Posts- und Telegraphenbeamten, Oberpostältesten Z o l l i s c h - Berlin, ist ein förmliches Disziplinarverfahren mit

dem Antrag auf Dienstentlassung eingeleitet worden. Vollständig wurde dem Amte suspendiert, sein Gehalt wurde bis zur Entscheidung der Disziplinarkammer um die Hälfte vermindert. Ein Grund für dieses Vorgehen, das lediglich als ein politischer Schlag gegen den vorzüglich organisierten und materiell sehr fundierten Beamtenverband zu betrachten ist, wird keine politische Haltung angegeben, die gegen den bezichtigten § 10 des Vereinsgesetzes verstoße. Als Vorklärungs des Verbandes hat B., nämlich die „Verpflichtung", über das Verhalten der Beamten die „Deutsche Postzeitung", über das Verhalten der Beamten die „Deutsche Postzeitung", den 14. April 1903, in der Ausgabe vom 14. April 1903, eine volle Seite lang, die die Verhältnisse des Verbandes betreffend, veröffentlicht worden. Da die Haltung des B. nicht anders, als er jetzt mit dem Inhalt der Verträge befaßt werden. Es werden der Verbandsleitung allerdings auch noch an der 20. April 1903, die sind sie sämtlich rein politischer Natur und betreffen die Streitfrage, wie weit die staatsbürgerlichen Rechte des Beamten durch seine besonderen Pflichten als Angestellter des Staates beschränkt werden.

Vollständig hat sich politisch nicht befragt, wenn er auch freng konservativ gemint sein soll, seine ganze Kraft entfalten für die beruflichen und wirtschaftlichen Interessen der Beamtenchaft ein, und machte sich dadurch der Regierung „mischelig", Staatssekretäre Kräfte hat die Gelegenheit ergriffen, um jetzt in Vollständig den ihm unbenommen Verband der mittleren Posts- und Telegraphenbeamten zu treffen.

Wie die „Rechtler Zeitung" berichtet, soll auch gegen den Telegraphenbeamten Witt in Berlin aus ähnlichen Gründen ein Disziplinarverfahren eingeleitet sein, ebenso gegen verschiedene Redner in der letzten Berliner allgemeinen Beamtenversammlung.

Durch diese Prozedurierung der Beamtenchaft wird es der Regierung hoffentlich gelingen, die alzu sehr in den Vordergrund getratene Lokalität und Königstreu der Beamten zu dämpfen und ihnen die Augen über die „Wahrheitsfalschheit" der Regierung zu öffnen. Die Beamten werden dann, das was ihnen die Sozialdemokratie von jeher gesagt hat, wiederum vom Staate befristet sehen.

## Deutsches Reich.

— Zur Abwägung der Vorteile aus dem Poststamm rufen sich bereits die Galwörter. Ein Antrag in der Reichsversammlung fordert die Galwörtervereine auf, den Poststamm abzugeben, und mit aller Kraft für Abänderung des Galwörtergesetzes einzutreten. Die Einführung des 3/2-Galwörtergesetzes, die es den Galwörtern ermöglichen würde, sich durch Verdrängung geringerer Mengen Galwörter zu halten.

— Oltrei und Wertungsabnehmer. In Bautzen soll ein Erfolg des auf Grund des Zolltarifgesetzes vorgeschlagenen Oltreis, das jährlich 42 000 Mk. bringt, mit dem 1. April 1910 eine Wertungsabnehmer eingeführt werden. Man rechnet mit einem Ertrag von 44 000 Mk.

— Die Lage der Industrie und die Reichspolitik. Der Jahresbericht des Stuttgarter Handelsvereins gibt ein anschauliches Bild von der ungünstigen Konjunktur, unter der gegenwärtig insbesondere infolge der politischen Verhältnisse Handel und Industrie in Deutschland leiden. Von besonderem Interesse ist aber die Begründung der besonderen Misere des elektrischen Maschinenbaus (Motorenfabriken, Motorwagen usw.). Darüber heißt es: „Der größte Teil dieser Erzeugnisse geht ins Ausland und zwar hauptsächlich nach Frankreich, England und Amerika. In Frankreich und England haben die politischen Verwicklungen mit Deutschland im vergangenen Jahre nicht dazu beigetragen, den Absatz zu heben und es wurde von bedeutenden Annehmern in diesen Ländern verständlich aus versehen gegeben, daß sie, sobald sie auch nur annähernd gleichen, einheimischen Erzeugnissen vorzuziehen würden, deutsche Fabrikate zu kaufen."

Das ist ein recht deutlicher Protest gegen die Reden, Reden- und Telegrammpolitik der deutschen Reichsregierung.

## Kleines Feuilleton.

### Ein türkischer Revolutionär.

Von Niagi Bey, der neben Enver Bey der Hauptführer der jungtürkischen Bewegung ist, gibt Enver Bey in der Revue ein interessantes, genauer Kenntnis enthaltendes Charakterbild. Er nennt ihn die größte Gefahr der türkischen Revolution; denn Niagi Bey war der erste, der an der Spitze einer kleinen Schar Getreuer von seiner Heimatstadt Mesna aus den Angriff des Jungtürkismus auf das alte Regime einleitete und damit den Stein ins Rollen brachte, der den Absolutismus in der Türkei zerknickerte. Der tüchtige Offizier hat schon in früher Jugend freischaffliche Ideen in sich aufgenommen. Durch einen französischen Bekehrer, einen Offizier, lernte er in Monarchie zuerst die Bedeutung der französischen Revolution erfahren. Als junger Leutnant rief ihn sein Schicksal nach Mesina, er nahm an dem Krieg gegen Griechenland teil, in der Schlacht bei Sch-Binar zeichnete er sich auf den Höhen von Solo durch seine Tapferkeit aus. Der kommandierende General ernannte ihn dann nach Konstantinopel als Begleiter der griechischen Gefangenen, die dem Sultan vorgeführt werden sollten. Hier lernte der junge Leutnant zum ersten Male das Leben im Palaste kennen und allem seinen Brum und all seinen Varnern; er sah die Güntlinge in ihrem Treiben, sah die großen Spione, uniform tragen und mit den höchsten Orden zierten konnten. Mit ihr waren Niagi Bey und die große Schar eleganter Missionäre und arrogant Großherren, deren Leben aus Intrigen bestand, und sein Staunen wurde bald zur Verachtung. Der Hofmarschall drückte ihm im Namen des Sultans 250 Frank in die Hand, während man den Soldaten des Niagi Bey in der Prinz-Albrechtstraße einen großen Orden zierten konnten. Die Einbrüche, die Niagi Bey empfing, sollten ihn nicht mehr verlassen und von seinem Aufenthalt in Konstantinopel trug er einen leidenschaftlichen Haß gegen diese Kamarilla davon. Der Zufall führte ihn später in seine Heimatstadt zurück, er übernahm in Mesna das Kommando über ein Regiments. In der Penonite, im Generalquartier des S. Armezoros, lernte er die Not und den Mangel der Soldaten kennen, die Geisteslosigkeit von Vorgesetzten, die betrügerischen Vierzehner in die Hände arbeiten und allen Begehungen zugänglich waren. Aus der gornigen Empörung, die er damals empfing, erlangte jene leidenschaftliche Entschlossenheit und jene begeisterte Begeisterung, mit der ihn wie seine Kameraden Enver Bey und Ehsen-Bey zu führen des türkischen Volkes werden ließ. Als ich in Monarchie das Aktionskomitee bildete, war die Rolle der Partei Begeisterung ausgeprägt. In den ersten Zusammenkünften mit Niagi-Bey das Signal zur Erhebung. Mit 2000 mit Niagi-Bey an der Spitze und Niagi-Bey an der Spitze war die Lösung dieser kleinen Schar. In dem Augenblick, da Niagi-Bey an der Spitze

seiner Getreuen gegen Monarchie aufbrach, richtete er an den ersten Erzieher des Sultan, den damaligen Generalinspektor Hilmi Pascha, ein kurzes, kühnes Telegramm, in dem er den sofortigen Erlass einer Konstitution forderte. Der Zug Niagi Bey mit seinen 200 Mann wurde die entscheidende Tat, die das moriche Gebäude des alten Regimes zertrümmerte. Es bildeten sich sofort 20 ähnliche Gruppen, das jungtürkische Komitee nahm die von Niagi Bey eingeleitete Bewegung der Tat sofort auf und das Ende war der Erlass der Konstitution.

### Das Gewissen.

Mit allen Feinden einer äußeren geklärten Unruhe sah der Staatsanwalt P., auf seinen Amtsstamm. Sein Blick hatte ein Gewissen, seine brennenden Lippen waren zu einer einzigen falkenlosen Linie zusammengegriffen. Seine Hände lagen auf den Altenteilen, als wenn sie umschlagen und zugleich ein gelesenes, für die weitere Entwicklung dieser Landfriedensbrüche bedeutsames Blatt zum Werken festhalten wollten. Aber seine äußere Beschäftigung war ihm selbst vollständig entfallen. Seine Augen gingen in die Weite, und ganz unmerklich hing sein Geist daran, erregenderen Dingen nach.

„Ja, es geschah, daß der Staatsanwalt von seinem Stuhle aufsprang, in eine Ecke trat und die Hände vorstreckte, als wollte er visionären Vorstellungen, die machbar auf ihn eindrangen, wehren. Seine Hand hatte die Bewegung, mit dem Gewissen, Staatsanwalt die nicht hinterlistigen Schwärzern zu beschuldigen suchte. Seiner niedrigen, durchaus auf Simplizität beschränkten Natur war jedes Rathos der Seite fremd. Wenn er jetzt seine leide nervösen Hände vorstreckte, war es nur durch Schreden und Entsetzen: Es warnte alles, alles. ... Zweck die Bewegung der Garbtruppen, dann die Gewandung des Justizministers (er zitterte, und wäre er nicht Deutscher, sondern Türke, würde dies sein Vorgesetzter gewesen sein), das Abfehen und Aufhängen von Offizieren, die Empörung in Saloniki, der Marsch der Jungtürken nach Istanbul, die der Marsch gegen Konstantinopel, das Erwürgen der Abdankung des Sultans — das er nicht hervorbrachte, dann die Gewandung des Justizministers, Komplotz Widerstand gegen die Staatsgewalt, Stigmung zu Amtshandlungen, Aufstand, Aufruhr, Landfriedensbruch, Landraub, Widerlegung, Tätlichkeiten gegen Vorgesetzte, Mord, Totschlag, Aufwiegelung und Weizerei und schließlich Bildung bewaffneter Gruppen. ... Er schauerte. Es wurde ihm blutrot vor dem Gesicht. ... Der Staatsanwalt P., ein jovialer Herr, trat zu ihm in das Zimmer. ... Herr P., was sagen Sie zu Konstantinopel? Haben Sie das Morgenblatt schon gelesen? Ein Glück, daß man in Berlin angeheilt ist und nicht in Istanbul. Die Arbeit in Berlin, wissen Sie, die Arbeit, die man da hätte. ... Er rief sich denn einig die Hände. ... P., ist Ihnen was? ... P., ist ganz sum. ... Wollen Sie ein Glas Wasser haben? P., so reden Sie doch!"

Aber P. schüttelt seinen Kopf und bestaunt P. mit Mitleid, und Händen, doch hinauszuwehen. ... „Ich habe heute so viel zu arbeiten,“ sagt er endlich leidend und geht auf einen Winkelsof. A. verschwindet, sich die Hände, nochmals vor Freude reibend, daß er in Berlin und nicht in Istanbul sitzt.

P. aber nicht ohne Verständnis nach. Sich freuen kann, er ist amtlich nicht beteiligt ist, während Verbrechen auf Verbrechen sich in Istanbul häufen? Ist das eine für einen Staatsanwalt gemessene Genugtuung? Muß nicht jedes Verbrechen, das begangen wird, einen Staatsanwalt empören? Er lüdt begreiflich, P. zu begreifen. ... Noch am Abend aber rief er, nachdem er sich nicht ganz loslassen konnte, die Wichtigkeit der Dinge entschuldigend, abgemeldet hat, nach Konstantinopel, um sich freiwillig der dortigen Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stellen. (Beatus im „B. T.“)

### Der Zolstoff über den Verasch des Schriftstellers.

In den nächsten Tagen erscheint in Aussicht ein Sammelband, dessen Ertrag den vom Erdbeben in Messina Betroffenen zugute kommen soll. Viele namhafte russische Schriftsteller haben Beiträge geliefert, und unter anderem soll auch ein Brief von Leo Tolstoj an den Dichter E. Andrejew, der ihm seine (im „Bewusstsein" abgedruckte) Erzählung „von den sieben Geuhten" gewidmet hat, veröffentlicht werden. Tolstoj läßt sich dort folgendermaßen über die Schriftsteller aus:

„Ich glaube, daß man erstens nur dann schreiben soll, wenn der Gedanke, den man äußern möchte, einen so starken Verstoß, daß man nicht eher von ihm loskommt, als bevor man ihn nicht durchgearbeitet hat. Alle anderen Gedanken, die man schreiben möchte, sind Ergebnis und besonders die widerlichen materiellen Ursachen — können nur die Unfruchtbarkeit und den Wert des Schriftstellers beeinträchtigen. Dador soll man sich sehr in acht nehmen. Ein zweiter Umstand, den man oft an sich trifft und woran besonders unsere zeitgenössischen Schriftsteller, aber auch die ganze Welt, krankhaft erkrankt ist — ist der Wunsch, original und eigenartig zu sein und den Respekt in Erfahrung zu bestehen und zu überfragen. Das hat eine noch größere Bedeutung als jene Nebenkräfte, die ich vorhin erwähnte. Es thaltet die Schlichkeit aus, diese ist aber eine unerlässliche Bedingung des Schönen. Das Schöne und das Angehörliche kann nicht sein, jedoch das Schöne und das Schöne kann nicht gut sein. Ein dritter Umstand ist die Haß beim Schreiben. Sie ist auch schädlich und außerdem ein Zeichen dafür, daß das wahre Bedürfnis, seine Gedanken zu äußern, fehlt. Denn ist ein wahres Bedürfnis vorhanden, so wird der Schriftsteller wieder die Mühen und Not nicht scheuen, um seinen Gedanken bis zur vollen Bestimmtheit und Klarheit durchzuarbeiten. Ein vierter Umstand ist der Wunsch, dem Gesinnung und den Fortschritten der Mehrheit des lesenden Publikums zur gegebenen Zeit zu entsprechen. Das ist besonders schädlich und zerstört schon im voraus die ganze Bedeutung von dem, was man schreibt.“

## Die Wirren in der Türkei.

**Konstantinopel in den Händen der Jungtürken.**  
Seit Sonnabend sind die Jungtürken die alleinigen Beherrscher von Konstantinopel. Die Entnahme der Stadt und die vollständige Niederwerfung der Reiteri in entgegen der ursprünglichen Annahme — doch nicht ohne Widerstand — vor sich gegangen. Mehrere tausend Sultanisten wurden selbstig die Position in den verschiedenen Kasernen harnässig, mußten aber der Heftigkeit der Jungtürken bald weichen. Die Zahl der dabei gefallenen Opfer wird auf 800 geschätzt. Inzwischen haben die jungtürkischen Truppen auch den letzten Widerstand am Jildis-Riost, der Residenz des Sultans, gebrochen. Der Sultan ist somit der Gefangene des Jungtürken, die sein Schild in ihren Händen halten. Seine Abführung — wenn ihn nichts Schlimmeres erwartet — ist wohl kaum noch fraglich. Nach einer Meldung des „Recliner Tageblatts“ ist die Abführung Abdul Samids beschlossene Sache. Das Verfahren gegen ihn, wie die übrigen Verräter, würde das folgende sein: Erklärung des großen Verbrechen, Verhaftung, Proklamierung des Krieges, die Verhaftung aller der Zeitnahme an dem Staatsstreik Verdächtigen und die Vernehmung von Zeugen, durch welche, wie man glaubt, einwandfrei die Mithschuld des Sultans (Antizität, Begünstigung usw.) bewiesen werden wird. Der Scheich-ul-Islam soll dann aufgefodert werden, durch ein Fetwa zu erklären, ob der Sultan sich gegen die Religionsgesetze, etwa durch Meineid oder durch Vernichtung von Gebäuden oder auch durch eine Schädigung des Ansehens des Islams, unwidrig des Thrones gesetzt habe. Die Entschädigung könnte sich also noch hinzugehen. Möglich ist aber auch, daß der Angriff auf den Jildis und das Wütergehen auf Befehl des Sultans eine Handhabe für ein solches Fetwa gibt. Die Abführung wird wahrscheinlich die Nationalversammlung beschließen und beschleunigen.

Der alte Deputat und Wankelpinner hat sein Los restlos überdacht. Diesmal sind seine schwarzen Pläne zu Wasser geworden, und er muß den mühelosen Versuch des Staatsstreiks mit dem Thron, wenn nicht gar mit dem Leben bezahlen!

Die Mobilisierung der Truppen, die Einschließung Konstantinopels, die ganze Leitung des Kampfes durch die jungtürkischen Offiziere, muß als hervorragende strategische Leistung angesehen werden. Auch sonst haben sich die führenden Personen als geschickte Diplomaten erwiesen, indem sie alles vertrieben, was zu einer Intervention der Mächte hätte Anlaß geben können.

Über die Einzelheiten des Kampfes unterrichten die nachfolgenden Mitteilungen:  
**Konstantinopel, 25. April.** Die militärische Aktion der Salonten begann gestern nacht 2 1/2 Uhr. In diese Zeit rückten 27 000 Mann der Armeeheraus von Giannina aus und besetzten 2000 Mann von Militär und Genarmeen. Sie eroberten die Schifflerie-Kaserne nach kurzem Kampf, fanden aber heftigen Widerstand in der Laftschifflerie-Kaserne, die schwer geschossen wurde. Der Kommandant Mustafa Bey, der in Gebendizi von der Beratungskommission den Kopf des Sultans gefordert hat, ist vor dem französischen Hospital erschossen worden. 350 organisierte Genarmeen sind hier eingetroffen, um die Ordnung in der Stadt aufrecht zu erhalten, ebenso sind die Truppen des zweiten Korps mit 20 Kanonen gekommen. Ein höherer Offizier erklärte, es sei gar nichts zu fürchten. Man veranlaßt die Kaufleute, die geschlossenen Läden wieder zu öffnen, und hofft bestimmt, daß in zehn bis fünfzehn Tagen die Ordnung wieder vollständig hergestellt ist. Die Bevölkerung ist sehr erregt und sieht den kommenden Ereignissen mit Besorgnis entgegen. Hier ist von Stambul, das völlig von den Salonten besetzt ist, immer abgehört.

**Konstantinopel, 25. April.** In dem Moment, als die Artillerie Stellung genommen hatte, verjüngte die heftige Kanonerie einen Angriff, welcher glänzend abgeklungen wurde. Hierbei blieben 47 Tote und 60 Verwundete auf dem Plage liegen. Die Offiziere der Kavallerie-Kaserne sowie das 4. Jäger-Bataillon sind die Liehaber der Menteerei vom vergangenen Dienstag. Es wurden geschlossen nach der Kriegsschule geführt und sehen der baldigen Erfüllung ihres Schicksals entgegen. Auch unter den Mannschaften wird ein furchtbares Strafgericht abgehalten werden. Es heißt, daß jeder zehnte Mann erschossen werden soll.

**Die Kapitulation des Jildis.**

**Konstantinopel, 25. April.** Der Sultan hat allen Jildistruppen Ordre gegeben, sich zu ergeben, indes hat nur ein Teil der Jildisgarnison den Befehl Folge geleistet. Der Rest hat sich mit sehr viel Munition versehen und ist mit Geschützen nach den Höhen hinter den Jildis gezogen, um sich dort zu verteidigen. Die Kasernen der Jildisgarnison wurden von Salonten besetzt, die das Palais bewachen, ohne es bisher betreten zu haben. Von dem Saal der türkischen Hofkammer, von dem die weisse Halle vom Jildis deutlich zu sehen ist, hör man Schüsse hinter den Jildisbügeln, wo ein blutiger Zusammenstoß zu erwarten ist. Die Annahmehalle hat dem Sultan ihre Bedingungen vorgelegt und ihm bis fünf Uhr gestern mittag Frist zur Antwort gegeben. Der Sultan, der sich mit den ihm über gelieferten Akten berat, hat um eine Verlängerung der Frist bis 8 Uhr abends gebeten und wird dann definitiv antworten. In der Laftschifflerie-Kaserne haben sich noch einige Kompagnien verschanzt, die Jüngere erhalten haben und entschlossen sein sollen, sich bis aufs äußerste gegen die Salonten zu verteidigen. Es weigern sich noch ungefähr 2000 Mann der Garnison des Jildis Riost sich zu ergeben. Der Kommandeur der mazedonischen Truppen hat diesen eine Weidenzeit gegeben, nach Ablauf derselben wird er sie angreifen. Ein türkisches Bangereschiff ist vor dem Jildis Riost erschienen, um die Belagerung zu beenden.

Die Truppen des Jildis Riost haben auf den umliegenden Höhen mehrere Batterien aufgestellt, welche den Jildis Riost bombardieren könnten. Man befürchtet, daß die Umgebung des Jildis Riost unternimmt ist; außerdem ist die dortige Kaserne, welche noch Widerstand geleistet hat, ebenfalls mit Artillerie besetzt. Sie jetzt haben sich 1600 Mann ergeben. 3000 bis 4000 weitere Soldaten sollen erklärt haben, bereit zu sein, die Waffen zu strecken. In Stambul wurden glatte Schiffs geschloß getötet.

## Das Schicksal des Sultans.

**Paris, 26. April.** Der „Matin“ meldet aus St. Stephano, die Nationalversammlung habe beschlossen, von nun an ihre Beratungen in St. Cyprien der Konstantinopel fortzuführen. Zugleich versichern, daß in den Tagen von zwei bis fünfzig Tagen aus dem Jildis Riost 27 000 Mann gefunden worden seien. Auf der Galatabelle wurde gestern ein Brief und ein Soldat erschlagen. Die Abführung des Sultans gilt als sicher. Nachfolger des Großwesirs dürfte Faridja Pascha, der Gouverneur von Smyrna, werden.

## Er hat noch Hoffnung.

**Konstantinopel, 26. April.** Der Kammerer Ali Bey erklärte, der Sultan habe die Hoffnung ausgesprochen, daß noch alles friedlich (l) beigelegt werden könne. Trotzdem herrscht im Palais große Erregung. Die Minister von Istanbul werden streng befragt. Zahlreiche Briefe wurden verbannt. Manut Schehat Pascha hat sein Hauptquartier in der Ragmatien aufgeschlagen.

## In der Mauerfalle.

**Konstantinopel, 26. April.** Die Zahl der Belagerungstruppen des Jildis beträgt 7000 Mann. Diese sind mit allem Notwendigen versehen, um den Jildis zu erhitzen. Der Kommandant der Jungtürken, Nigiz Bey, fandte an den Sultan eine Note mit der Mitteilung, daß der Jildis vollständig umzingelt sei und er ihm rate, sich zu ergeben. 40 Geschütze sind gegen den Jildis gerichtet. Der Großwesir, der Kriegsminister und einige andere Minister wurden vorgestern abend vom Sultan als Gefangen im Jildis zurückgelassen. Falls sich der Jildis nicht bedingungslos unterwirft, wird wahrscheinlich heute früh keine Befreiung erfolgen. Die Bevölkerung ist ruhig.

## Der letzte Widerstand.

**Konstantinopel, 26. April.** Von der ganzen heftigen Garnison ist bloß die Besatzung der Salonten-Kaserne in Situ widerstand. Dort liegt die große Artillerie-Kaserne, welche mindestens 80 Geschütze zur Verfügung hat, aber wenig Munition und kaum Platz zum Aufahren. Gestern nachmittag sind zwölf Dampf mit mazedonischen Truppen nach dort hin abgegangen, so daß schließlich ein Kampf zu erwarten ist, in den die Flotte eingreifen wird.

## Die ermordeten Offiziere.

Die Belagerung der Mauer, daß in dieser Woche tausend die 200 Offiziere von Soldaten ermordet wurden, die durch Sofias aufgehet waren, hat einen wilden Schrei der Entrüstung und einen allgemeinen Ruf nach Rache hervorgerufen. Die öffentliche Meinung fordert, daß ein für allemal ein abschreckendes Beispiel gegeben werde. Der Schrei des Entschens, der jetzt durch ganz Mazedonien geht, dürfte nicht ungehört verfallen.

## Albanesenaufstände.

**Belgrad, 25. April.** Aus Uestich wird telegraphiert: Der Arnauteaufstand verbreitet sich allmählich. Viele Arnauten in Albanien und Mazedonien haben zu den Waffen gegriffen. Die Behörden zwischen Pele und Tetova sind in die Hände der aufrührerischen Arnauten gefallen. Bei Tetova muß ein Infanterie-Hauptmann getötet und mehrere Soldaten mißhandelt. Aus anderen Ortschaften in Albanien kommen ähnliche Nachrichten.

**Belgrad, 25. April.** In diesem Regierungstreifen ist man wegen der nun doch abgebrochenen Unruhen unter den Albanen in Uestich sehr beunruhigt. Abgehen davon, daß hart an der serbischen Grenze Unruhen ausbrechen, wird das serbische Element in jenen Gegenden immer mehr durch die Albanen bedrängt, obgleich die dortigen Serben mit den Albanen bezüglich der Aufrechterhaltung des Friedens schon Verhandlungen eingeleitet haben.

## Die Hinterlist der Mächte.

**Rom, 25. April.** Das „Giornale d'Italia“ erzählt die wahre Gefahr in der Möglichkeit, daß Österreich-Ungarn einen neuen Schritt auf dem Balkan vorwärts tun könnte. Ein etwaiger Aufstand in Albanien, meint das Blatt, würde Wirren in Mazedonien heraufbeschwören, die Balkanstaaten zu neuen Aktionen bereiten und alsdann eine Intervention Oesterreichs veranlassen. Der Kampf in Konstantinopel spielt sich nach dem genannten Blatt weniger zwischen den Jungtürken und den Sultanen, als zwischen den verschiedenen Wochensachen ab.

## Die Opfer des Kampfes.

**Konstantinopel, 26. April.** Die Zahl der Toten und Verwundeten beträgt nach Angabe von Soldaten etwa 2000 Mann; etwa 3000 haben entfallen auf die Mazedonien.

## Frankreich.

### Wienverweigerung.

**Paris, 26. April.** Während der Festbereitungen in Villedo, wo ein Befehl des Präsidenten Falliers bevorsteht, versammelten 200 Anwälte des „Battre“ wegen Ueberhebung und mangelhafter Kost den Dienst. Ihre Forderungen machte das Versprechen eines Leutnants, der für die Verfürgung der begründeten Beschwerden eintrat, ein Ende. Die Wortschlag des Leutnants zugunsten der Mannschott wurden angenommen.

## Italien.

### Generalstreit.

**Mailand, 26. April.** Aus Solidarität mit den ausländischen Arbeiter im Werke von den anderen Verbänden der Generalstreit beschlossen, der gestern nachmittag ausgedroht ist.

## Perlien.

### Schiffliche Zubehöre.

**Lahriz, 26. April.** Alle Wäsdereien sind geschlossen. Es sind viele Fälle von Hungertod vorgekommen. Scharen von Frauen verarmten Straßendemonstrationen. Sattar Khan verweigerte wiederholt, daß er sich entschließen sei, sich nicht zu ergeben. Er erklärte das Fest, wonach er die benachteiligte Intervention Russlands mitkommen gegeben habe, für unrichtig.

## Spanien.

### Politikverhältnisse.

**Madrid, 16. April.** In Santa Maria de Oiera kam es wegen der vom Bischof angeordneten Neubauten an der Klosterkirche zu Reibereien zwischen Genarmeen und Einwohnern, wobei mehrere Personen erschossen und verwundet wurden.

## Venezuela.

### Der Kampf um die Präsidentschaft.

**Paris, 26. April.** Diejenigen Blätter zufolge beabsichtigt Castro einen Quitralstieg in Szene zu setzen, um die Präsidentschaft wieder an sich zu ziehen. Er wird von Bourbon aus nach Kolumbien einschiffen, wo er von General Reyes erwartet wird. Castro wird in Maracaibo landen und sich dort mit seinen Anhängern vereinigen, um gegen Caracas vorzudringen.

## Parteinachrichten.

### Gegen die Bloß-Stelle.

Wendet sich auch das „Hamburger Echo“. Es weist ebenfalls wie wir darauf hin, daß die neueste Eshung dieser sogenannten „Sozialistischen Monatshefte“, die Veröffentlichung des „nationalistischen“ Articals des „Genossen“ Leutner, seine Entgegnung in dem Programm jener Heft ist, sondern zu ihrem Charakter gehört. Es ist sehr interessant zu sehen, wie gerade die revolutionistischen Parteimitglieder gegen Leutner losgehen, ihm lange Artikel widmen (Nürnberg, Bochum, Dresden), damit der Ungeist erwidert werde, als sei der Fall Leutner eine ganz unverständliche „Ausnahme“. Diefen Zeit entgeht das „Hamburger Echo“ wie folgt das Sprungbreit. Es schreibt nach Bitterung der Eisenischen Verleugnung Leutners:

„Somei die „fränkische Tagespost“, deren Urteil über den Leutnerschen Artikel nur zugunsten ist. Aber — was es denn von den „Sozialistischen Monatsheften“ nicht zu erwarten, daß sie über kurz oder lang mit einem all-deutschen-nationalen „Sozialdemokraten“ aufwarten würden? Wir halten die Aufnahme des Leutnerschen Elaborats in das Blatt des Herrn Bloß keineswegs für auffallend. Seit Jahren ist man gewohnt, in der bürgerlichen Presse die „Sozialistischen Monatshefte“ gegen die sozialdemokratische Partei getitelt zu sehen. Und wahrlich, die Goldschreiber des Kapitalismus wären gar zu dumm; wenn sie nicht diese „Luelle“ ausbeuteten. Jeder „Sozialist“, der an den Grundideen über den Kampf der deutschen Sozialdemokratie herumunordeln hat, findet Unterschlupf bei Bloß. Da geben sie sich alle, alle Stellbigen, die „Unseren“, für deren wachsende Reformationszweck die Partei nicht das nächste Verhältnis hat, die Männer der allseitigstehenden Praxis, die mit ihrem „Reher“ mit die „Sichernden“ der jämmerlichen Unwissenheit und der falschen Lehre zehren, die Leichen-Galanotatoren, die den „wiedererweckten“ Liberalismus mit der sozialdemokratischen Partei verwickeln möchten, und die tiefen Denker aller Art, die statisch oder sonstwie „wissenschaftlich“ nachweisen, daß die Arbeiter geäußert werden, wenn man ihnen vormacht, es ginge ihnen schlecht. Zu diesen trefflichen Mitarbeitern mußte sich schließlich auch ein alldeutscher-nationaler Sozialdemokrat gefügen — das ist eigentlich selbstverständlich. Verwunderlich ist nur, daß jemand, der die Entwidlung und die Lehungen der „Sozialistischen Monatshefte“ kennen muß, sich über die Aufnahme dieses einen Articals wunderte.“

### Bereitungen zur Waffei in Ustland.

Das Zentralkomitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes Ustlands hat sich anlässlich der Waffei an alle lokalen Organisationen mit einem Rundschreiben gewandt, in dem es vorzüglich, die Waffei durch stritte Durchführung der Arbeits-einstellung und durch Abhaltung möglichst großer Versammlungen zu gehen. In den Neben — führt das Rundschreiben aus — muß außer der Bedeutung des 1. Mai, besonders die Notwendigkeit der Arbeitsruhe und der Stärkung unserer Organisation betont werden. Es sollen Resolutionen gefaßt werden, die die Arbeiter zur Aktivität auffordern, sie aufzufröhlichen, ihre Unzufriedenheit gegen die Partei abzumehren, energisch an die Arbeit zu gehen — an die Verteidigung ihrer ökonomischen Interessen, an die Entwidlung ihres politischen und sozialistischen Bewusstseins. Diese Agitation läßt sich sehr leicht mit der Waffei verbinden. Jeder neue Stein, der dem Fundament unserer Partei eingegügt wird, bedeutet auch eine Stärkung des großartigen Baus des internationalen Sozialismus. Jeder neue Schritt, der zur Schärung der jüdischen Arbeiter unter der Fahne des „Bundes“ beiträgt, stützt auch die Reihen des Klassenbewußten Proletariats der ganzen Welt. Der erste Mai soll der Stern sein, der uns den Weg zur proletarischen Solidarität beleuchtet.

Das Zentralkomitee wird bemüht sein, das Waffeiblatt rechtzeitig den Organisationen zuzustellen. Die Organisationen werden um ausführlichen Bericht über den Verlauf der Waffei gebeten.

Verantwortlich für Beiträge, Politische Ueberlicht und Parteinachrichten Paul Gennis, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton, Vermischtes und Provinzielles Carl Bod, für Lokales und Berammlungsberichte Otto Riebnitz, sämtlich in Halle.

## Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

## + Dankbarkeit +

**Zungen- und Athmaleiden,**  
Beratung mit, alle Drogen, Gänge- und Schilf-Retter, Sammelplanchetten, Kramel, Schilf, Waldschilf und Brommelkraut z. H. Leben, zu erhalten, mit in ihren eigenen Büchern, über Arbeit, mitzugeben. Ad. Heil, gegen den Bergang des Beres, mit, auf welche einfache und billige Weise mit dem selbsten Schilf, umgeändert werden können, mit dem Schilfblätter über einen festigen Spindel. 115. Uebersetzung Seite 1. Gum.

# Neue Sendung! 6500 Schürzen u. Blusen. Neue Sendung!

Alle Damen, welche gerne eine günstige Kaufgelegenheit wahrnehmen, um für einen niedrigen Preis gute Ware zu erhalten, sollten sich von diesem Posten überzeugen.  
Es kommen **Schürzen für Damen und Mädchen** jeder Art wie Kimono, Kleider-, Wirt-schafts-, Tee-, Zier- und Hängeschürzen in schwarz, weiss und bunt, billig zum Verkauf, ebenso liegt ein Posten in **Damen- und Mädchen-Blusen** in bunt und weiss zu äussersten Preisen zur freundlichen Besichtigung aus.  
Unsere Schürzen- und Blusenstoffe bitte zu beachten.

**H. Elkan**

Halle a. S., Leipzigerstr. 87.

# Die 1. Mai-Nummer des „Volkshlattes“

erscheint in

## bedeutend erhöhter Auflage!

Inserate für diese Nummer (30. April erscheinend) erbitten wir recht frühzeitig, damit dieselben noch plaziert werden können.

Verlag und Expedition.

### Naumbg.-Weißenfels-Zeitz

#### Auf zur Maifeier!

Beranstellungen finden statt in:  
**Zeitz.** Ausflug und Abendfeier im „Preussischen Hof“.  
**Weissenfels.** Vormittags- und Abendfeier im „Gewerkschaftshaus“.  
**Naumburg.** Abendfeier im „Schwarzen Adler“.  
**Teuchern.** Vormittags-Versammlung und Abendfeier im „Grünen Baum“.

#### Abendfeiern in:

Aue, Rasberg, Trebnitz, Gleina, Zippendorf, Streckau, Droschitz, Bergisdorf, Bornitz, Mannsdorf, Hohenmölsen-Steckelberg, Keutchen, Döbris, Nehmsdorf, Hahnsburg, Katyna, Theißen.

Die Abendfeiern bestehen in Festreden, Vorträgen von Gedichten usw., zum Teil auch in nachfolgendem Tanz, und werden zumeist von den sozialdemokratischen Vereinen veranstaltet.

#### Festredner sind die Genossen:

Burgau-Naumburg, Trautvetter-Zippendorf, Wenzel-Bergisdorf, Haushälter-Theißen, Jannicke, Demberger, Geppert, Kiessel, Thronker, Junghans, Glessler-Weissenfels und Leopoldt, Windau, Weickardt, Löffler, Schneider, Flemming, Gerhardt, Kämpfe und Riedel-Zeitz.

#### Die Mal-Komitees.

**Zeitz. Maurer. Zeitz.**  
 Mittwoch den 28. April, abends 6 1/2 Uhr im Saale der „Stephanhäute“

#### ausserordentl. Mitgl.-Versammlung.

#### Tagesordnung:

Unsere Lohnfrage.  
 Jeder Kollege hat zu erscheinen. Die Verwaltung.

#### Konsum-Verein Teuchern. (E. G. m. b. H.)

Die Zahlung der Rückvergütung erfolgt: von Nr. 1—2000 am Dienstag den 27. April von Nr. 2001 bis Ende am Mittwoch d. 28. April, am Donnerstag den 29. April vormittags in Stößen und am Donnerstag nachm. in Deuben. Der Vorstand.

#### Stadt-Theater

in Halle a. S.  
 Direction: Hofrat W. Richards.  
 Dienstag den 27. April 1909:  
 212. Abom.-Vorst. 4. Viertel.  
 Novität! Novität!

#### Jum 2. Male:

**Anna Karénina.**  
 Drama in 5 Akten nach Tolstois Roman von Edmond Guitaud.  
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Mittwoch den 28. April 1909:  
 213. Abom.-Vorst. 1. Viertel.

#### Hilfsfonds-Benefit

**Alfred Landowsky**  
**Der Vogelhändler.**  
 Operette in 3 Akten von Karl Heller.

#### Apollo-Theater.

Nur noch 4 Tage: abends 8 1/2 Uhr im „Ohr“  
**„Der Floh im Ohr.“**  
 Stürmischer Lacherfolg!

#### Naumburg. Krankenkassen-Verb.

Mittwoch den 28. April abends 8 1/2 Uhr im Saale des Schützenhauses

#### Vortrag

des Herrn Dr. Retzlaff über **Blindarm-Entzündung.**  
 Eintritt frei.  
 Hierzu ladet (auch Damen) freundlich ein Der Vorstand.

#### An- und Verkäufe

**Kinderwagen.** v. Nr. 10.50  
 M. Bär, Gr. Ulrichstr. 54.  
 Verlangen Sie Gratis-Katalog!

#### Rübensaft 1 1/2 Fl. 18 Pf.

**Kandis- und Stärke-Syrup** 1 1/2 Fl. 18 Pf.

**Selbstgek. Pflaumenmus** 1 1/2 Fl. 30 Pf.

**Gemischte Marmelade** 1 1/2 Fl. 40 Pf.

**Rhein. Apfelkraut** 1 1/2 Fl. 60 Pf. empfiehlt

#### A. Trautwein,

Gr. Ulrichstr. 51.  
 Mitglied d. Rabatt-Sparvereins.

Makulatur verkauft die Genossenschaftsdruckerei.



Rucksäcke für Kinder	125	95	75	45	kr.
Rucksäcke für Damen	245	195	145	95	kr.
Rucksäcke für Herren	245	195	145	95	kr.
Trinkflaschen mit Schraube	35	25	15		kr.

**Leopold Nussbaum** Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 40/41.

#### Leiterwagen Ortskrankenkasse III, Weissenfels.

von Nr. 2.25 bis Nr. 25.00 mit starken Rädern und Bücheln, kauft man am besten bei

**M. Bär, Gr. Ulrichstr. 54.**

#### ff. Sauerkohl

in 10 Pf. u. ausgenommen billigt b. Bernh. Barth, st. Ulrichstr. 10.

#### Gelegenheitskauf.

Seife, 2 Seife, Tischdecken nur 75 Pf., Gestirne 9, Spiegel, Ringstich-Nähmaschine, Schreibfeder, Schloß (wenig gebraucht) (spottbillig zu verkaufen). Geisstr. 211.

#### Kalk.

Weiß, Grau, Sements und Mergel täglich zum Verkauf. M. Stoye, Hohenturm.

Kaufe Donnerstag den 29. April, jeden Boten junge und alte

#### Kanarienvogelchen.

Säule hohe Preise.

**Otto Schenker, Halle a. S., Breitestr. 14.**

#### Naumburg a. S. Ortskrankenkasse für Gewerbetreibende und Gewerbegehilfen.

Montag, den 3. Mai 1909, abends 8 Uhr im Restaur. zum goldenen Stiefel (Saal):

#### General-Versammlung.

Tagesordnung:  
 1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
 2. Bericht der Prüfungskommission über die Jahresrechnung.  
 3. Vorstandsbericht (Gewahlw.): a) 1 Arbeitgeber, b) 1 Arbeitnehmer.  
 4. Was bringt uns die neue Reichsversicherungs-Ordnung.  
 5. Berichtendes.  
 6. Die Neue Krankentafeln-Revolution.

Anträge zur General-Versammlung sind bis Dienstag den 27. April beim Unterzeichneten, Rathenrathstr. 12, einzureichen.

**Friedrich Geroke, Vorsitzender.**

#### Tischlerrol u. Sargmagazin

von **W. Billing, Gr. Gosenstrasse 14**  
 empfiehlt sich bei vorkommendem Bedarf, besonders bei Sterbefällen, angelegentlich.

#### Der Weg zur Macht

von Karl Lautsch. Preis 50 Pfennig. Zu beziehen durch alle Ausleger u. die Volksbuchhandlung Gars 42/43.

#### Aufsichts-Postkarten

empfehlen die Volksbuchhandl.

### Deutscher Reichstag.

247. Sitzung. Sonnabend, den 24. April, nachmittags 2 Uhr.  
Nachdem der Bericht der Reichsjustizkommission debattelllos an die Reichsjustizkommission überwiegen ist, wird die Beratung des Gesetzesentwurfs fortgesetzt.

**Abg. Dr. Müller-Meinungen (Freif. Wpl.):** Auch wir wünschen eine baldige Vorlegung einer Novelle zur Milderung des Strafrechts. Mit den Milderungen der Vorlage sind wir einverstanden, doch ist der Begriff des „Volentwendung“ und noch mehr der des „geringwertigen Gegenstandes“ ein Kaufgegenstand. Auch mehr Bedenken haben wir gegen die neuen Bestimmungen des Verleumdungsparagrafen und des Verleumdungsparagrafen. Auch wir wünschen, daß der Meloderepreß entgegengetreten wird, aber mit dem Ausschluß des Meloderepreß erreicht man das nicht. (Sehr richtig! b. d. Freif.) Soll etwa der Meloderepreß auch ausgeschlossen werden, wenn dem Verleumdigen eine strafbare Handlung nachgelagt ist? Das kann doch nicht gemeint sein. Noch bedenklicher ist die Fassung des neuen Paragrafen 253. Nach dem Willen könnte jede erhebliche Zornregung, die durch Drohung mit Verleumdung erzeugt ist, als Verleumdung angesehen werden. Öffentlich werden viele Bedenken der Kommission ihre Erledigung finden. (Brauol b. d. Freif.)

**Abg. Dr. Fagbender (Zentr.):** Gegen Mißhandlungen an Kindern und Weibchen sind drakonische Strafen am Platze. Der Schuß darf aber nicht mit dem Alter von 14 Jahren seine Grenzen finden.

**Abg. Dr. Hecker (Freif. Wpl.):** Der Gesetzentwurf ist eine Konzeption an liberale Gedanken. Bedenken habe ich gegen die Erpreßparagrafen. Die Begründung muß angemessen werden. Die Strafen für Kindermißhandlungen könnten noch verhärtet werden. Der Scheuerfall, der die Öffentlichkeit so stark erregte, wurde nach der neuen Fassung nicht getroffen werden. Vielleicht könnte man finden, die auch solche Fälle einschließt. Der Gehalts des Verleumdungsparagrafen erscheint mir äußerst sympathisch und gefund. Die Meloderepreß kann vielleicht in der gewünschten Weise nicht getroffen werden, hoffentlich findet sich aber bei der Reform des Strafrechts der richtige Weg.

**Abg. Dr. v. Manteuffel (Zentr.):** Die härtere Befragung der Robottbediente und der härtere Schuß von Kindern und Tieren entspricht einem gesunden Volksempfinden.

**Abg. Dr. Franz-Mannheim (Soz.):** Verschiedene Redner haben eine Verschärfung der Strafbestimmungen für Eltern verlangt, die ihre Kinder mißhandeln oder quälen. Wir sind durchaus damit einverstanden, die Kinder auch gegen ihre nächsten Verwandten zu schützen. Wir hätten aber nicht zu verlangen, daß der Schuß der Eltern, ihre Kinder nicht durch gutes Beispiel, sondern durch Strafen zu erziehen, durch die Prügelpädagogik der Volksschule geübt werden ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Hier muß prophylaktisch vorgegangen werden. Den Lehrern muß verboten werden, Kinder zu schlagen. (Sehr. Zutr. b. d. Soz.)

**Abg. Hecker (Freif. Wpl.):** Die Ausnahme der konservativen Herren war es eigentlich nur Herr Hecker, der mit einer gewissen Zurückhaltung für den Grundgedanken des Verleumdungsparagrafen sich hier aussprach. Herr Hecker muß aber zugeben, daß die Sensationsliteratur sich weitestenteils in den Blättern gezeigt hat, die politisch der großen Masse des Volkes fern stehen. Die bürgerliche Presse und auch das bürgerliche Publikum, und zwar bis hoch hinauf, sind es, welche die Rolle spielen, verlangt. (Sehr. b. d. Soz.) Aber trotzdem, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte, so werden dann nicht die Blätter bestraft werden, die sich wirklich schuldig gemacht haben, sondern die oppositionellen Blätter, insbesondere die sozialdemokratischen. Herr Hecker hat also sein Wohlwollen gegen die Regierung, welches ihn ja auch sonst auszeichnet, wieder einmal bei einer recht unglücklichen Gelegenheit gezeigt.

**Abg. Hecker (Freif. Wpl.):** Es werden in der Kommission danach streben, aus der Vorlage etwas Brauchbares zu machen, sehen aber überhaupt zurück kein dringendes Bedürfnis, die bestehenden Bestimmungen über die Verleumdungen abzuändern. Diese Punkte könnten aus der Vorlage ganz herausgenommen werden, hingegen können wir, daß aus dem Gesetz erhoben werden. (Brauol b. d. Soz.)

**Staatssekretär Dr. Niebering** wiederholt seine getrigge Versicherung, daß es der Regierung mit der vorgelegenen Ausfertigung des Wahrheitsbeweises nicht darauf ankomme, hochbedenke Personen zu schützen.

**Abg. Kitzsch (Zentr.):** Die Fassung des Verleumdungsparagrafen in der neuen Vorlage erzeugt ernste Bedenken. Erhaben halte ich es nicht für ausgeschlossen, daß die Kommission eine einwandfreie Fassung findet.

**Abg. Böhl (natl.)** bedauert, daß die neue Vorlage nicht auch die Befämpfung der Prostitution regelt.

**Staatssekretär Dr. Niebering:** Die Beratung über eine Änderung der Gesetzgebung auf jenem Gebiete sind noch in der Schwebe.

**Abg. Seha (Soz.):** Die Strafmitteilungen sind ihm unverständlich, die Verschärfung der Verleumdungsparagrafen erzeugen Bedenken. Es muß dem Vorliegenden überlassen sein, wie weit er den Wahrheitsbeweis zu tun will.

**Abg. Kitzsch (Zentr.):** Meine Freunde stimmen den Vorschriften über die Erpreßung zu. Angenehm wäre es, die Strafen für Hausfriedensbruch zu erhöhen. Denn der Hausfriede ist nach germanischem Begriff eines der wertvollsten Güter. (Gehehert.)

Das Haus verlag sich, nachdem das Gesetz an die Justizkommission verwiesen worden ist.

**Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.** Zweite Beratung der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz, zur Zivilprozedur, zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Gerichtsverfassung für Reichsämter.

**Schluß 5 Uhr.**

### Preussisches Dreiklassenhaus.

70. Sitzung. Sonnabend, den 24. April, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzesentwurfs über den Bergwerksbetrieb ausländischer juristischer Personen und den Geschäftsbetrieb auspreussischer Gewerkschaften.

**Minister Dr. Delbrück:** Der Entwurf will eine Intonierung des bestehenden Rechts beibehalten. Die Genehmigung, die ausländische juristische Personen schon jetzt zum Gewerbe des Grundbesitzes besitzen, soll auch ausgedehnt werden auf den Erwerb von Bergwerkseigentum. Das ist um so mehr beabsichtigt, da wir auch im übrigen das Bergwerkseigentum juristisch genau so behandeln wie Grundbesitz. Die nährbaren Mineralien bilden einen wesentlichen Teil des Nationalerzeugnisses, und es liegt daher im allgemeinen Staatsinteresse, über ihre Abtragung eine gewisse Kontrolle auszuüben.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Es folgt die Fortsetzung der ersten Beratung zweier Anträge betreffend die Abänderung der Preisordnung.

Die Anträge werden an die Kommission verwiesen. Es folgt die Beratung eines Antrags des Abgeordneten Graf Praschma (Zentr.), die Regierung zu ersuchen, angeht die gegenwärtig in vielen Gebieten der Provinz Schlesien bestehenden Kollage durch zeitweise und baldige Herabsetzung der Eisenbahntarife die Zufuhr von Strenu- und Futtermittel zu ermöglichen.

**Abg. Graf Casar (Zentr.)** erregt den Antrag dahin, daß die Ermäßigung der Zölle auch für die übrigen Gebiete der Monarchie in Kraft treten solle, wo Entzerrung besteht. Der Antrag Graf Praschma wird zurückgezogen, der Antrag Casar angenommen.

Es folgen Petitionen. Eine große Anzahl von Petitionen werden debattelllos erledigt. Eine Petition von Handwerksmeistern verlangt

**Einführung der gemeinsamen Stimmabgabe** bei Landtags- und Kommunalwahlen.

Die Kommission beantragt Überweisung der Petition als Material.

**Abg. Aronjahn (Freif. Wpl.)** und Gen. beantragen Überweisung der Petition zur Berücksichtigung.

**Abg. Hoff (Freif. Wpl.):** Es handelt sich hier um einen Volksfrei aus den Kreisen der Handwerksmeister, der nicht überfordert werden sollte. Für große Kreise des Mittelstandes ist das Wahlrecht bei der öffentlichen Stimmabgabe illusorisch geworden. Die Arbeiter haben sich durch ihre Organisationen die Freiheit bei Wahl erkämpft, die wirtschaftlich abhängigen Handwerksmeister und Kaufleute sind viel schlechter daran. Ein Berliner Schlichtermeister soll sich vor den Schlichtern bis in den Gestell geflüchtet haben. (Gehehert.) Ein anderer Schlichtermeister erklärte mir, er habe aus Furcht vor der öffentlichen Abstimmung drei Nächte nicht geschlafen; er habe sich entschlossen, mich zu wählen, aber wenn möglich, sollten wir ihn zu Hause lassen.

Da ich auch ohne ihn die Mehrheit bekam, war uns das zu uninteressant. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

**Abg. Dr. Lehmann (natl.):** Meine politischen Freunde werden dem Antrag der Preisfindungen zustimmen. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß immer mehr ein wirtschaftlicher Druck bei politischen Wahlen ausgeübt wird. Wir werden uns heute nicht darüber freuen, ob die Modifikationen des heutigen Wahlrechts, wie wir sie wollen, angebracht sind, aber die Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen, aber das Ziel jedes Wahlrechts muß doch sein, die Willkür und Zersplitterung der Wähler zu verhindern. (Gehehert richtig! links.)

**Abg. Dr. Sager (Zentr.):** Wir haben fest betont, daß wir die geheime Wahl vor der öffentlichen vorziehen, und werden daher dem Antrag Aronjahn zustimmen. Es bricht sich immer mehr die Überzeugung Bahn, daß nicht nur aus politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen das geheime Wahlrecht zweckmäßiger ist.

**Abg. Dr. v. Manteuffel (Soz.):** Meine Freunde werden für den Antrag Aronjahn stimmen. Wir betonen aber ausdrücklich, daß es uns nicht nur auf die Befreiung der öffentlichen Wahl, sondern auf die Befreiung der gesamten Wahl, die in dem jetzigen Wahlrecht liegt, und auf ihre Einführung durch das Reichstagswahlrecht

ankommt. Die Schenkung des Herrn Hoff, daß die Arbeiter heute auch bei der öffentlichen Wahl die Stimme nach ihrer Überzeugung abgeben könnten, mag für die großhändlerischen Arbeiter vielleicht in vielen Fällen zutreffen, aber bei den ländlichen Arbeitern kann davon keine Rede sein. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diese befinden sich alle unter einem so schweren Druck, daß von einer freien Abstimmung keine Rede sein kann. Wenn wir nicht auch die Angehörigen der sogenannten besseren Gesellschaften in die Umgebung und auf die Einfälle von oben bei der Wahl nehmen. Das auch auf die Handwerksmeister ein Druck ausgeübt wird, ist richtig, aber nicht etwa von den Arbeitern, sondern dieser Druck wurde ausgeübt viel früher, als die Arbeiter je daran gedacht haben, an den Landtagswahlen überhaupt zu beteiligen. Welcher Handwerksmeister einer freien Stimmabgabe so wegen, seine Stimme anders abzugeben, als es den Kreisen, die seine Handhabung bilden, angenehm ist. Selbst bei der geheimen Wahl hat man ja Mittel und Wege gefunden, die Stimmabgabe zu beeinflussen. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

**Abg. v. Seydewitz (natl.)** erklärt, daß er für seine Person gegen den Antrag Aronjahn stimmen werde. (Brauol rechts.)

**Abg. v. Pappenheim (natl.):** Das eine Abstimmung über diesen hier so plötzlich auftauchenden Antrag keine politische Bedeutung haben kann, ist klar. Es ist eine reine Justizabstimmung. Es hat auch keinen Zweck, etwas auf all die jetzt zu überlegenden Fragen der Vorrede einzugehen. (Sehr. links.) Wir werden für den Kommissionsantrag stimmen.

**Abg. v. Wobna (freifol.)** schließt sich dem Vorredner an.

**Abg. Smittalla (Soz.)** erklärt sich für den Antrag Aronjahn.

**Abg. Kitzsch (Freif. Wpl.):** Die Petenten können wohl verlangen, daß über den Inhalt der Petition ernstlich debattiert wird. Eine Zufallsabstimmung gegen die geheime Wahl mag gerade bei Beratung unseiner Wahlrechtsanträge in Frage. (Sehr wahr! links.)

Die Petition wird hierauf gegen die Stimmen der Konten der Regierung zur Berücksichtigung abgelehnt.

Nach debattellloser Erledigung einer Reihe weiterer Petitionen ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr. (Aultusetat.) Schluß 2½ Uhr.

### Kewerkchaftliches.

#### Unternehmer und Arbeiter.

Der Verband Berliner Kaufgeschäfte hat in seiner Generalversammlung zur Vorfeier beschlossen: Arbeiter, die am 1. Mai feiern, werden sofort entlassen; vor Donnerstag den 6. Mai werden Gesellen und Hilfsarbeiter in seinem Kaufgeschäft neu eingestellt. Vom 1. bis 6. Mai bleibt der Arbeitsnachweis geschlossen. Der Versuch für die 1. Mai Entlassenen wird vom Arbeitsnachweis am 6. Mai. Der Verband der Arbeiter der Berliner Kaufgeschäfte hat am 1. Mai feiernden Arbeiter auf sechs Tage auszusparen.

mehr zum Worte kommen lassen will, hat er immer Erfolg. Eins wird er Dir aber niemals vergeben, daß Du nämlich keinen ihm der Verammlung einen Augenblick imponiert hast. . . denn das hast Du nicht können getan.

Verthold spricht eine Weile schweigend dahin. Es ging so viel in ihm vor, und er suchte nach den richtigen Worten, um seine Gedanken auszusprechen.

„Du hastest ganz recht, mich vor mit selbst zu warnen,“ sagte er mit einer gewissen Mattigkeit. „Ich glaube wirklich, daß ich für dasjenige, dem ich mich einem Augenblick widmen zu können meinte, total ungeeignet bin.“

Martialis blinnte ihn blinzelnd und forschend an. „Wie meinst Du das?“ fragte er ihn.

„Ich meine, daß ich mich niemals in die eine oder andere enge politische Richtung werde hineinzwängen können; es fehlt mir, eben an einer festen, bestimmten Überzeugung.“

„Du verhältst dich, wie ein Kind, das nicht wissen will,“ fuhr er dann fort, als Martialis mit einem fast schmerzlichen Lächeln weiterging.

„Weißt es dir ich mir betrou, nur noch für einen Zweck leben zu können. . . aber in betreff der Mittel, diesen Zweck zu erreichen, fähig ist mich, da ich nun hier in die Sache einbringe, so langsam, so hilflos, unklar und unfähig zu leben.“

„Es ist nicht so sehr die abnehmende Schärfe der politischen Agitation, die mir überdrüssig — denn dieses muß man als Mann von festem Willen ja überwinden können — sondern es verlohrt mich die ganze Zeit hindurch eine Frage, sowohl in den turbulenten Veranlassungen als auch bei der Bekämpfung der von den beiden fraktionären Zeugnagenden Schriftten und Blättern. . . die Frage nämlich: Wann überkommt mit Mitteln, die jedes Element der Schönheit gewaltsam vorzudrängen, etwas Schönes und Großes erreicht werden?“

„Ich verzeihe Deine Gedanken,“ erwiderte Martialis, „aber Du hast auf einem durchaus verkehrten Standpunkte. Du darfst nicht, wie es von so vielen geschieht, die historische Bedeutung der sozialen Bewegung und dem Ende verlieren und eine Geschäftsbahn darin sehen wollen. Als historische Erscheinung repräsentiert sie den ewig-dauernden Klassenkampf, und in ihrer heutigen Bedeutung ist sie eine rein ökonomische Notwendigkeit.“

„Aber dennoch wurzelt in ethischen Werten,“ fiel Verthold ein. (Fortsetzung folgt.)

### Berthold Meryan. (Nachdr. verb.) Roman von Cornelle Hugens. (Autorisierte Uebersetzung aus dem Holländischen.)

Die Propagandareise im Norden war beendet. Verthold hatte viel gesehen und beobachtet, viel gelernt und nachgedacht. Es war ihm, als ob er in dieser kurzen Spannen Zeit, in welcher er mit sich allein war bis dahin noch fremd gewesen, in direkte Berührung gekommen war, Jahre gelebt hätte. Wenigstens ihm nur viele Dinge in weit klarenen Klängen vor Augen standen, so gab es doch noch vieles, was noch mehr als bisher vor seinem juchenden, forschenden Blick zurückgeworfen war, so namentlich in Bezug auf das Wesen des Menschen selbst. Alle die Verbindungen und typischen Gestalten, die er nun in einer der feinsten so ungleichen Spätere kennen gelernt hatte, standen ihm vor Augen. In ihrer verwirrenden Verschiedenheit umschwebten sie ihn noch in der Erinnerung, und jeder Verlust, die zu klaffenden Lücken in bestimmten Kategorien zu erkennen, mißlang. Er fühlte es, denn unüberwunden war das Problem des Individuums gegenüber zu stehen, dem Problem: Mensch — mit seinen zahllosen Seelenabstufungen, seiner bis ins Unerlebbliche komplizierten Eigenart. Und er lächelte, wenn er daran dachte, wie viele noch von Gleichheitsrecht vor dem Gesetz zu einer höheren sozialen Kultur befähigt wären.

Als ob ein gewisses Maß von Wohlstand und Lebensfähigkeit und eine kollektive Produktionsregelung alle Individuen nach einer in einem Modell nachahmen lassen könnten“ dachte er. „Welch eine kurzatmige Auffassung! Als ob nicht vielmehr das Gegenüber zu werden müßte, wenn einmal dem Individualismus genügend Horizont bei Millionen, die jetzt zu kurze kommen, jede menschliche Individualität in ihrem vollen Reichtum sich wird entfalten können!“

In diese und ähnliche Betrachtungen vertieft, ging er schweigend neben Martialis her. Die wahren Gedanken in Utrecht gingen tiefen und lebenden sich nun auf dem Wege zu Thronon, einem heruntergegangenen, aber doch noch sozialistischen Partei.

Thronon war ein junger Rechtsanwalt aus Friedland, der vor einigen Jahren seine ganze geistliche Stellung seiner

Überzeugung zum Opfer gebracht hatte. Außerordentlich begabt, ein glänzender Redner und mit einer seltenen Energie ausgeübt, hatte er, nachdem er sich seinen eigentlichen Beruf bewußt geworden war, und davon in Wort und Tat Zeugnis abgelegt hatte, in Utrecht eine Parteiorganisation gegründet, die in kurzer Zeit alle andern im ganzen Lande an Kraft und Zahl übertraf. Gleichgefühlt mit Martialis, daß er in weit größerer Maße als jener die Eigenschaften und Fähigkeiten auf die breiten Massen einzutreten und sie zu entfalten. Er hatte bei mancher Rede der jungen Partei in den ersten Jahren gekämpft und seine Genossen durch die vollständige Verkündung aller konventionellen Begriffe und durch seinen moralischen Mut mit Bewunderung erfüllt und in gleichem Maße seine früheren Kreise sich entzerrt. Durch den allmählichen Zerfall seiner politischen Partei, die sich schließlich bis ins Unreine zerfallen war, befand sich, war er gänzlich verurteilt und bewohnte mit seiner Familie ein sehr bescheidenes Logis in der abgelegenen, billigen Vorstadt, wo er sich nicht mehr Komfort gönnte als ein Arbeiter, der sich mit einem geringen Wohlleben zufriedengeben mußte.

Verthold wußte diese Einzelheiten, und sein lange gehegter Wunsch, diesen Mann und seinen Frau — welche, wie er erfahren, die Ansehen ihres Gatten vollständig teilte — persönlich kennen zu lernen, machte ihn sofort geneigt, den Vorstoß von Martialis anzunehmen, einige Stunden in Utrecht zu bleiben. Dieser hatte Thronon über seine Agitationen bereits zu erfahren und verschiedene Parteiliche mit ihm zu besprechen.

„Ich brauche Dich gar nicht mehr vorzustellen. . . Du bist bereits allen unseren Genossen bekannt,“ sagte er lächelnd. „Dein Vortreten vorige Woche in Schotermeer soll in unseren meisten Blättern, auch in den revolutionären Organen, gemeldet worden sein. Die andere Fraktion wird Deinen Ausfall gegen Mäntin nicht so leicht verzeihen, denn sie haben wohl verstanden, wenn Du hast treffen wollen. In Thronons Blatt wirst Du dagegen sehr gelobt.“

„I y a bien de quoi!“ sagte Verthold mühsam. „Anfang zu bewilligen, habe ich die Zustimmung wohl noch mehr verdient.“

„Der Abend war doch verborben, und es blieb nichts anderes übrig, als die Verammlung zu schließen. Sogar unter thätiger Vorführung, der bei den Arbeitern so sehr respektiert wird, war ja gänzlich machtlos. Wenn Mäntin seinen Gegner einmal nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt





